

Kurze Notizen

Da der Sondertreuhänder für den öffentlichen Dienst die von ihm begonnene Überprüfung der Arbeitsverhältnisse bei Reich, Ländern und Gemeinden noch nicht abgeschlossen hat, sollen nach einer Anordnung des Reichsarbeitsministers die für den Bereich der öffentlichen Hand als Tarifordnungen noch geltenden früheren Wert- (Betriebs-) Tarife vorläufig weiter in Kraft bleiben.

Es wurden ernannt: Landrat Dr. Cossel aus Welle zum Ministerialrat im preußischen Finanzministerium. Regierungsvizepräsident Egidi wurde von Schneidemühl nach Erlangen versetzt.

Die Saarpfunde der Deutschen Studentenschaft, die anlässlich des einmütigen Semester-Schluss-Appeals aller deutschen Studenten am 8. 2. 1935 nur an den Hochschulen vorgenommen wurde, ergab einen Betrag von 20 000 RM.

Während der Osterferien werden Mitglieder der französischen Frontkämpferverbände nach Rom reisen, um dem König von Italien eine Kriegserinnerung und Mussolini eine Dankebesuche zu überreichen. Dem Duce soll außerdem eine Urne mit Erde vom Schlachtfeld von Verdun überbracht werden.

Um gegen die Herabsetzung ihrer Löhne Einspruch zu erheben, sind 2800 Arbeiter der Automobilfabrik Chenard & Walder in Paris in den Streik getreten.

Die spanischen Kriegsgerichte, besonders in den Aufstandsgebieten von Asturien, tagen noch immer. In Oviedo wurden zwei Ärzte, die sich in den Dienst der Revolutionäre gestellt und dem Ueberfall auf eine Zweigstelle der Asturischen Bank beteiligt waren, zum Tode verurteilt.

Der Vorsteher der politischen Abteilung der Staatsgüter in der Ukraine, Sobda, sowie acht Direktoren der politischen Abteilungen der Staats- und Kollektivgüter wurden auf Anordnung des Obersten Staatsanwalts wegen gegenrevolutionärer Umtriebe und Sabotage festgenommen. Sie sollen der Opposition Kamenow-Sinowjew angehört haben.

Oberst Kiziri, der Befehlshaber der japanischen Garnison Emu südlich von Tunghua in der Provinz Kirin, wurde von Luftschlägen überfallen und schwer verletzt. Kiziri ist nach zehntägigem Krankenlager verstorben. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Wie aus Chicago gemeldet wird, ist dort das frühere englische Unterhausmitglied John Strachey festgenommen worden, weil er sich öffentlich zum Kommunismus betonte. Strachey hat als Schriftsteller durch seine Propaganda für den Marxismus viel von sich reden gemacht.

Warum Danzig wählt

Gegen die Quertreibereien der Splitterparteien

Danzig, 14. März.

Ueber Zweck und Sinn der Volkstagswahlen am 7. April in Danzig äußerte sich vor den Vertretern der Presse der Danziger Gauleiter der NSDAP, Staatsrat Albert Forster. Der Gauleiter wies darauf hin, daß die Gegner der NSDAP den Wahlkampf bereits mit einer ungeheuerlichen Hege begonnen hätten. Forster hob hervor, daß die nationalsozialistische Regierung in Danzig den Volkstag eigentlich gar nicht auflösen brauchte, da hinter der Regierung im Parlament eine Mehrheit von 56 v. H. stand und die nächsten Wahlen verfassungsmäßig erst im Jahre 1937 stattzufinden brauchten.

Wenn die nationalsozialistische Volkstagsfraktion sich gleichwohl auf die Bitte des Senatspräsidenten zur vorzeitigen Auflösung entschlossen habe, so sei das deshalb geschehen, da der heutige Volkstag in seiner Zusammensetzung nicht mehr dem Willen der Danziger Bevölkerung entspreche. Während die Danziger Bevölkerung in ihrer überwiegenden Mehrheit die Aufbaubarkeit der NSDAP auf allen Gebieten anerkenne, hätten die Führer der in Danzig noch immer bestehenden roten, schwarzen und reaktionären Splitterparteien eine unklugliche und unverantwortliche Kritik an allen Maßnahmen der NSDAP geübt.

In der Innenpolitik hätten diese Kreise planmäßig gegen das Bestreben der NSDAP zur Pflege der Volksgemeinschaft und zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung gearbeitet. Nicht weniger bedenklich sei es, daß den erwähnten Oppositionsgruppen jegliches Verständnis für die Außenpolitik der Danziger NSDAP gegenüber Polen abgehe, die darauf abzielen, zur Erhaltung des Friedens im Osten beizutragen. Auch die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik, durch die es möglich gewesen sei, von 40 000 Arbeitslosen über 20 000 in Arbeit und Brot zu bringen, werde von diesen Parteien unabhängig schlechtmachtet. Die nationalsozialistische Kulturpolitik werde von ihnen fortgesetzt bekämpft, da sie darauf gerichtet sei, in Danzig das Deutschtum besonders stark zu pflegen.

Die Oppositionsparteien schämten sich auch nicht, durch fortgesetzte Beschwerden bei internationalen Instanzen unter

Mißbrauch der Danziger Verfassung gegen das verfassungsmäßige nationalsozialistische Regime zu arbeiten, um so auch außenpolitisch die friedliche Aufbaubarkeit der nationalsozialistischen Danziger Regierung zu fördern.

Der Gauleiter ging dann nochmals auf die Verhandlungen mit dem Zentrum ein, die entsprechend der Auflage des Danziger Senatspräsidenten in Genf sofort nach seiner Rückkehr nach Danzig in loyalster Weise eingeleitet worden seien. Da sich das Zentrum dabei jedoch völlig unnachgiebig gezeigt und die Aufhebung der wichtigsten Maßnahmen und Befehle der letzten Jahre verlangt habe, sei die nationalsozialistische Fraktion zu dem Entschluß gekommen, die Bevölkerung Danzigs durch eine Neuwahl zu befragen, wie sie über das Verhältnis dieser separatistischen Parteien denke. In diesem Zusammenhang wies Forster besonders darauf hin, daß dieselben Oppositionsparteien, die immer wieder behauptet hätten, daß hinter der NSDAP nicht mehr die Mehrheit der Danziger Bevölkerung stehe, bei der Abstimmung über den Auflösungsantrag dennoch zu feige gewesen seien, für die Auflösung zu stimmen, sondern im Gegenteil den Auflösungsantrag abgelehnt hätten. Dadurch sei bewiesen, daß diese ganze Opposition sich nur auf Lüge und Schwindel aufbaue.

Die NSDAP verspreche sich von der Wahl einen ansehnlichen Gewinn, der erwiesen werde, daß die Danziger Bevölkerung die Maßnahmen und Befehle der nationalsozialistischen Regierung billige. Das Wahlergebnis werde auch dem Völkerverbund bewellen, daß hinter der NSDAP die übergroße Mehrheit der Danziger Bevölkerung stehe, und daß die Quertreibereien und Beschwerden der Oppositionsgruppen entsprechend zu bewerten seien.

Danzig werde dadurch vor Erschütterungen bewahrt bleiben, und die friedliche Außenpolitik der nationalsozialistischen Regierung werde weiterhin gesichert bleiben. Schließlich werde die Wahl die Einigkeit der Danziger Bevölkerung im Zeichen des Hakenkreuzes und im Geiste Adolf Hitlers von neuem bestätigen. Das Deutschtum Danzigs werde durch eine nationalsozialistische Wahl von neuem vor aller Welt unter Beweis gestellt werden.

Von gestern bis heute

Dr. Goebbels bei den Auslandsjournalisten.

Der Verein der Ausländischen Presse zu Berlin veranstaltete einen Bierabend im Hotel Adlon, zum dem Reichsminister Dr. Goebbels, Staatssekretär Funt und eine Anzahl weiterer Herren des Propagandaministeriums erschienen waren. Der Vorsitzende des Vereins, Louis V. Lochner, begrüßte besonders herzlich Reichsminister Dr. Goebbels, der seiner Freude Ausdruck gab, daß dieses analoge Zusammenreffen der Herren der Auslandspresse mit den Herren seines Ministeriums die Gelegenheit biete, frei und offen alle Probleme des neuen Deutschland zu erörtern, und so manches Mißverständnis aus der Welt zu schaffen.

Der Vorstand der Sparkasse der Hauptstadt Hannover hat unter Leitung von Oberbürgermeister Dr. Renge einen bedeutungsvollen Entschluß gefaßt. Er wird die Erparnis aus der Senkung der Spareinlagenzinsen, die am 1. März in Kraft getreten ist, in voller Höhe zur Senkung der Zinsen für Hypotheken und Kredite verwenden. Die Sparkasse für Kapitalversicherungsanstalt zu Hannover entschloß sich zu gleicher Zinsenkung. Die Zinsen für Hypotheken, die von den beiden Sparkassen im Jahre 1933 bereits dreimal freiwillig gesenkt wurden, indem auch gleichzeitig der Zinsfuß für Aufwertungshypotheken, der gesetzlich auf 6 v. H. festgelegt ist, entsprechend ermäßigt wurde, betragen mit Wirkung vom 1. April 1935 an 4 v. H. Die hannoverschen Sparkassen haben damit als erste öffentliche Sparkassen in Deutschland den Zinsfuß für Hypotheken auf 4 v. H. gesenkt.

Keine Verlängerung der Militärdienstzeit in Belgien. Im Zusammenhang mit den Erklärungen über die Verlängerung der Dienstzeit in Frankreich ist in belgischen und ausländischen Blättern auch die Frage einer Verlängerung der Dienstzeit in Belgien behandelt worden. Es wurde dabei behauptet, daß die belgische Regierung einen entsprechenden Gesetzesvorschlag vorbereitet. In amtlichen Brüsseler Kreisen wird hierzu ausdrücklich erklärt, daß nicht die Rede davon sei, die Dauer der Militärdienstzeit in Belgien zu verlängern.

Der neue Präsident der BIZ. Der Präsident der Niederländische Bank, Mr. Trip, wurde jetzt endgültig zum Präsidenten der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ.) in Basel ernannt. Vizepräsident wurde Mr. Bennen, der Direktor der Rotterdamischen Bankvereinigung. Mr. Trip wird sein Amt am 8. Mai, Bennen seinen Posten bereits am 4. Mai antreten. Die Anstellung gilt vorläufig für ein Jahr. Vizepräsident Bennen wird nach Basel überfledeln.

Der Aufstand auf Kuba zusammengebrochen. Infolge der energischen Maßnahmen der Regierung Mendicta wird die Revolte in Havanna als zusammengebrochen angesehen. Die Verkehrsarbeiter auf Kuba nehmen größtenteils die Arbeit wieder auf. Die Nationalrevolutionäre Partei gab die Teilnahme am Aufstand auf, da sie die Streikbewegung als zu radikal und von Kommunisten geführt ansieht.

Sieger Tsaldaris

Nach zehn Tagen verhängnisvoller Ungewißheit hat der Militäraufstand in Griechenland, der leicht zu schwerwiegenden kriegerischen Entwicklungen auf dem Balkan hätte führen können, mit einer völligen Niederlage der Aufständischen sein Ende genommen. Die Regierung Tsaldaris ist in der Tat, wie sie es in ihren Meldungen bekanntgab, die Herrin der Lage geblieben, obwohl sie sich zu Beginn des Aufstands keineswegs in einer beneidenswerten Situation befand und es den Anschein hatte, als ob ihr Schicksal auf dem Messer Schneide stehe. Der Rebelle von Kreta ist geschlagen, hat sich mit seinem Anhang auf italienisches Hoheitsgebiet, die Insel Kalos im Ägäischen Meer, geflüchtet und dürfte nach diesem unruhlichen Abschluß seiner jahrelangen, durchaus nicht bedeutungslosen politischen Laufbahn für immer seine Heimat verlassen haben. Noch am Tage vor dem Zusammenbruch seines abenteuerlichen Unternehmens unternahm Benizelos den verzweifelten Versuch, wenigstens Kreta, sein Geburtsland, in seinem Besitz zu behalten, und er proklamierte die Insel zu einer selbständigen Republik, um von hier aus sein „Großgriechenland“, wie er seine Republik bezeichnete, aufzurichten.

Der Sieg über die aufständische Bewegung ist vom gesamten griechischen Volke mit großem Jubel begrüßt worden. Es ist überragend festzustellen, daß die Massen des Volkes an dem Aufstand und der Meuterei der Generale und Obersten sich nicht in geringstem beteiligten, wie überhaupt nur selten einer der zahlreichen Militärcputsche, die über das griechische Land dahingegangen sind, zu einem Bürgerkrieg ausgeartet ist. Dies überrascht deshalb, weil bekanntlich die benizelistische Opposition zahlenmäßig die Hälfte des Landes hinter sich hatte. Hier liegt auch der Rechenfehler der rebellischen Offiziere, die den Militäraufstand anstifteten, und mit diesem Ausfall der Volksbeteiligung hat sicher auch Benizelos selbst nicht gerechnet, er, der vor Jahren die ruckhaltige Liebe der Mehrheit des griechischen Volkes genoss. Eine Revolution ohne Volk ist somit auch dieser benizelistische Aufstand geblieben, obwohl er von langer Hand vorbereitet war.

Nach lassen sich die eigentlichen Hintergründe, die den erfahrenen und gerissenen Alten auf Kreta veranlaßt haben, ein derartiges politisches Abenteuer zu wagen, nicht mit genügender Klarheit erkennen. Er selbst hat zwar, als schon der Zusammenbruch des Aufstandes sich bemerkbar machte, mit Entschiedenheit bestritten, aus rein persönlichen Motiven wie ungezügelmtem Machttrieb, sich an die Spitze der Aufständischen gestellt zu haben. Gewiß war es das Streben jener Offiziere, die man wegen ihrer politischen Unzuverlässigkeit zur Disposition gestellt hatte, ihre Entfernung aus dem Heere unmöglich zu machen, es läßt sich auch nicht bestreiten, daß die Regierung Tsaldaris monarchistischer Tendenz beschuldigt und namentlich von hohen Offizieren mißtraulich angesehen wurde, jedoch ohne den Willen jenes fanatischen und sonatifizierenden Kreiers, wieder an die Macht zu kommen, wäre es nicht zu dieser Revolte der höheren Offiziere und Admirale gekommen. Benizelos be-

achtigte, da angesichts der sich ständig bessernden Wirtschaftslage in Griechenland sich die Wahlausichten seiner Partei für die nächsten Senatswahlen immer ungünstiger wurden, durch einen Staatsstreich in den Besitz der Staatsmacht zu setzen, und es konnte ihm nicht gleichgültig sein, noch länger dem tatkräftigen Streben der Regierung Tsaldaris nach einer autoritären Staatsführung zuzusehen.

Ebenso läßt sich bis jetzt nicht sagen, inwieweit außenpolitische Hintergründe bei dem Aufstand mitgespielt haben. Italien dürfte nicht gerade angenehm davon berührt sein, daß Benizelos seine Zucht auf seinem Staatsgebiete gesucht hat. Ein englisches Blatt hat nämlich vor einigen Tagen den schweren Vorwurf erhoben, daß Benizelos sich habe fördern lassen, im Sinne Italiens auf eine Kostrerung Griechenlands vom Balkanpakt hinzuwirken, weil eine Schwächung des Balkanbundes im italienischen Interesse liege. Ein Umsturz im Geiste Benizelos wäre gewiß nicht ohne Rückwirkungen auf die auswärtige Politik Griechenlands geblieben. Es ist bekannt, daß Benizelos sich unter seiner früheren Ministerpräsidentenschaft im griechisch-türkischen Konflikt italienische Freundschaftsdienste gern gefallen ließ, wenn auch jener Dreiervertrag Italien-Griechenland-Türkei, den Mussolini erstrebte, nicht zustande gekommen ist. Eine Regierung Benizelos hätte für den Balkanbund eine schwere Belastung bedeutet, denn als Griechenland im vorigen Jahr dem stärksten Widerstand haben die Benizelisten dies mit dem stärksten Widerstand verhindern wollen. Von den Mitgliedern des Balkanbundes, dessen Vorsitz in diesem Jahre der rumänische Außenminister Titulescu führt, sind deshalb die Ereignisse in Griechenland mit besonderer Beforgnis verfolgt worden.

Mit der Niederwerfung des Aufstandes dürfte für die Regierung Tsaldaris die „benizelistische Gefahr“ vorbei sein. Der Ministerpräsident hat eine gründliche Säuberung des Landes von den Aufständischen angekündigt und erklärt, daß „eine neue Ära“ für Griechenland beginnen werde. Die Regierung wird voraussichtlich ihren Erfolg über den größten innerpolitischen Gegner benutzen, um sich weitgehende Vollmachten und stärkere verfassungsmäßige Sicherheiten gegen weitere Vorkommnisse dieser Art geben zu lassen. Sie hat während ihres Kampfes gegen die Aufständischen Sympathien fast ganz Europas auf ihrer Seite gehabt. Bewußt hat der Aufstand auch Fehlerquellen bloßgelegt. Die Regierung, die den blutigen Bruderkampf überstanden hat, wird nun ihre Konsolidierungspolitik mit allen Kräften fortsetzen können. Die Macht der benizelistischen Opposition bereits in den bevorstehenden Neuwahlen, die die Regierung bereits in Angriff genommen hat, zusammenschrumpten, und damit wird das Spiel jenes Mannes, der sich zum Reiter Griechenlands berufen fühlte, zu Ende sein. Die Londoner „Times“ spricht mit Recht von dem tragischen Ende einer Laufbahn und sagt, daß ein Staatsmann von europäischem Ruf als Revolutionär seine Laufbahn abschleife, wie er sie begonnen habe. Tsaldaris, dem Benizelos die erbitterteste Feindschaft geschworen und den er mit unerhörter Skrupellosigkeit bekämpft hatte, ist der Sieger in diesem tragischen Ringen des griechischen Volkes geblieben. Es ist zu erwarten, daß die endgültige Ausschaltung von Benizelos aus der Politik eine große Beruhigung für die weitere Entwicklung Griechenlands bringen wird.